



Carsten Schneider

Mitglied des Deutschen Bundestages
Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion
Sprecher der Landesgruppe Thüringen

MEINE ARBEIT

in der 16. Legislaturperiode
des Deutschen Bundestages

Eine Zwischenbilanz · August 2008

Verantwortung und Aufgaben

Im Deutschen Bundestag übe ich folgende Funktionen aus:

- Mitglied im Haushaltsausschuss, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion, Berichterstatter für die Bundesschuld und die Allgemeine Finanzverwaltung
- Vorsitzender des Vertrauensgremiums gemäß § 10a Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung, das die Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste bewilligt und kontrolliert
- Stellv. Vorsitzender des Kreditfinanzierungsgremiums gemäß § 4a Bundeswertpapierverwaltungsgesetz
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung
- Stellv. Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss nach Art. 53a Grundgesetz (Vermittlungsausschuss)
- Parlamentariergruppen:
Deutsch-US-Amerikanische,
Deutsch-Britische,
Deutsch-Baltische,
Deutsch-Russische,
Deutsch-Mexikanische

In der SPD-Bundestagsfraktion nehme ich folgende Aufgaben wahr:

- Haushaltspolitischer Sprecher
- Sprecher der Landesgruppe Thüringen
- Mitglied der Youngster-Gruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied des Netzwerk Berlin
- Mitglied des Seeheimer Kreis

Darüber hinaus übe ich folgende Funktionen aus:

- Herausgeber und Autor der Zeitschrift „Berliner Republik“
- Beiratsmitglied des Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Finanzpolitik“ beim SPD-Parteivorstand
- Stürmer in der Fußballauswahl des Bundestags



Carsten Schneider

Meine Arbeit in der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

Eine Bilanz bis August 2008

MEINE ARBEIT FÜR ERFURT, WEIMAR UND THÜRINGEN

Seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag im Jahr 1998 verstehe ich mich ganz besonders als Anwalt der Menschen aus meinem Wahlkreis Erfurt-Weimar-Grammetal. Jeder ist eingeladen, sich mit seinen Anliegen an mich zu wenden. In meinen Sprechstunden vor Ort führe ich regelmäßig intensive Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Mehr als 30 Jahre lebe ich nun in Erfurt. Die Blumenstadt, Weimar, das Grammetal und die Menschen in der Region sind mir in dieser Zeit ans Herz gewachsen.

In Berlin setze ich mich mit großem Engagement für Erfurt und Weimar ein, werbe mit allen Mitteln für meine Region. Ich bin froh, dass der Bund in den vergangenen drei Jahren viele Entscheidungen getroffen hat, die Erfurt, Weimar und Thüringen zugute kommen. Dafür haben sich vor allem auch die Thüringer SPD-Bundestagsabgeordneten eingesetzt, die sich in der Landesgruppe Thüringen zusammengeschlossen haben. Als ihr Sprecher koordiniere ich die Arbeit der Landesgruppe.

45 Millionen Euro für die Klassikstiftung Weimar

Weimar ist das Zentrum der Deutschen Klassik, Kulturstadt Europas und offizielles Weltkulturerbe. Deshalb wird die Stadt vom Bund in besonderer Weise gefördert. In den Haushaltsverhandlungen für 2008 habe ich mich vehement dafür eingesetzt, dass die Klassikstiftung Weimar zusätzliche Mittel erhält. Mit Erfolg: Der Bund stellt rund 20 Millionen Euro für die Sanierung des Stadtschlusses zur Verfügung. Weitere 25 Millionen Euro sind unter anderem vorgesehen für die Sanierung des Goethe-Schiller-Archivs, die Restaurierung von Schriften sowie die Wieder-

beschaffung von beim Brand zerstörten Büchern der berühmten Anna-Amalia-Bibliothek.

Neubau des Bauhaus-Museums

Im kommenden Jahr feiert Weimar den 90. Geburtstag des „Bauhaus Weimar“. Die weltberühmte Kunstschule war im Jahr 1919 gegründet worden - hier liegt der Ursprung des Bauhaus-Stils. Die Weimarerinnen und Weimarer sind stolz auf diese Tradition. Zum Jubiläum wäre ein Neubau des Bauhaus-Museums am Theaterplatz dringend nötig. Doch die CDU-Landesregierung weigerte sich, Geld zur Verfügung zu stellen. Nun habe ich dafür gesorgt, dass 10 Millionen Euro aus einem Kulturinvestitionsfonds in den Neubau fließen. Die Planungen können sofort beginnen. Damit wird Weimar um eine Attraktion reicher. Und künftig hat neben der Klassik auch die Moderne einen angemessenen Platz in der Stadt.

Infrastruktur und Förderpolitik

Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region ist eine gute Infrastruktur. Seit 1998 kämpfe ich in Berlin dafür, dass Fördermittel des Bundes zielgenau nach Thüringen fließen. Ein großer Erfolg ist die Fertigstellung der Bundesautobahn zwischen Sömmerda-Ost und Erfurt-Bindersleben. Die A 71 wurde Mitte Dezember 2006 offiziell für den Verkehr freigegeben. Fortan gibt es eine direkte Verkehrsanbindung von Sömmerda bis nach Schweinfurt, und auch die Erfurter Innenstadt wird deutlich vom LKW-Verkehr entlastet. Den Grundstein für das 270-Millionen-Euro-Projekt hatten wir bereits während der rot-grünen Regierungszeit gelegt.

Zudem konnte ich erreichen, dass im Bundeshaushalt zusätzlich 50 Millionen Euro für den zweigleisigen Ausbau der „Mitte-Deutschland-Verbindung“ bereitgestellt werden.

Insgesamt stehen nach dem Investitionsrahmenplan 2006 bis 2010 jährlich 11 Milliarden Euro für Verkehrsinvestitionen zur Verfügung – für Thüringen sind das rund 1,6 Milliarden Euro bis 2010. Mit diesen Mitteln treiben wir auch weitere Großprojekte wie die ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt-Leipzig/Halle voran.

Darüber hinaus habe ich dafür gesorgt, dass die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe (GA) Regionale Wirtschaftsförderung um 50 Millionen Euro aufgestockt werden. 80 Prozent dieser Mittel fließen in die neuen Länder. Mit dem Geld werden Investitionen gefördert und Arbeitsplätze geschaffen.

Ferner konnte ich beim Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ entscheidend Einfluss nehmen. Für den Freistaat haben wir erreicht, dass zwischen 2008 und 2013 insgesamt 51,1 Millionen Euro für die Schaffung und den Erhalt von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung gestellt werden. Erfurt bekommt von diesen Zuwendungen rund 5,2 Millionen Euro und Weimar 1,7 Millionen Euro. Mit diesen Investitionen können wir die frühkindliche Förderung weiter ausbauen – gegen den Widerstand von CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus.

Eine weitere gute Nachricht für Thüringen: Die Investitionszulage wurde über das Jahr 2009 hinaus verlängert. Damit erhalten sowohl die Länder als auch die Investoren die erforderliche Planungssicherheit für einen längeren Zeitraum. Der Wirtschaftsstandort Ostdeutschland gewinnt dadurch an Attraktivität.

Die Soziale Stadt

Ein gutes Beispiel für die positive Wirkung von Fördermitteln ist das so genannte Blechbüchsenviertel in Erfurt. Aus dem 1999 von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegten Förderprogramm „Soziale Stadt“ erhielt die Stadt Erfurt insgesamt mehr als 4 Millionen Euro für Stadtentwicklungsmaßnahmen in sozial schwachen Gebieten. Im Blechbüchsenviertel ist heute erfreulicherweise endlich wieder eine steigende Nachfrage nach Wohnraum zu verzeichnen.

Auch Weimar bekommt seit Anfang 2008 noch mehr finanzielle Unterstützung. Auf meine Initiative hin wurde der Weimarer Ortsteil Schöndorf in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen.

Den Wirtschaftsstandort voranbringen

Von Fördergeldern des Bundes profitieren auch regionale Unternehmen. Beispielsweise hat die Firma „Customer Baurtronic System“ Mittel in Höhe von rund 10 Millionen Euro erhalten, um die vorbildliche Arbeit des Unternehmens auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung zu unterstützen.

Und im März 2007 hat es mich besonders gefreut, dass ich die Standortschließung des Erfurter T-System-Standorts abwenden konnte. Die Erfurter Niederlassung sollte Ende 2008 geschlossen werden, obwohl sie zu den rentabelsten Standorten deutschlandweit zählt. Von Seiten der Thüringer Landesregierung gab es keine entscheidenden Versuche, die

Schließung von T-Systems zu verhindern. Daraufhin traf ich mich mit Vertretern der Unternehmensleitung von T-Systems und mit Vertretern des Bundes. Es konnte eine Lösung gefunden werden. Im April 2007 besuchte ich die Belegschaft des Betriebes, um meine Erleichterung und Freude über die abgewendete Standortschließung auszudrücken. Eine Entscheidung, die letztlich auch Thüringen als Standort für Informations- und Kommunikationstechnologie stärkt.

Spitzenforschung in der Region

Ein großer Erfolg für den Kindermedienstandort Thüringen ist die Ansiedelung der „Projektgruppe Kindermedien“ der Fraunhofer Gesellschaft. Zum Jahresbeginn hat die Einrichtung in Erfurt ihre Arbeit aufgenommen. In vielen Gesprächen konnte ich den Vorstand der Fraunhofer Gesellschaft überzeugen, diese zukunftssträchtige Entscheidung für Erfurt zu treffen. Die Projektgruppe Kindermedien kann sich mit dem renommierten kommunikationswissenschaftlichen Institut der Universität und der Fachhochschule sowie mit dem Kinderkanal und dem Kinder- und Medienzentrum vernetzen. Damit baut Erfurt seinen Standortvorteil auf dem Gebiet Kindermedien aus. Mittelfristig kann aus der Projektgruppe ein eigenständiges Institut entstehen.

Das neue Bundesprogramm „Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern“, das ich im Haushaltsausschuss gegen den Widerstand der CDU durchgesetzt habe, fördert Forschungsverbünde zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Denn die Ergebnisse der „Exzellenzinitiative“ haben gezeigt, dass national wie international nur diejenigen Standorte konkurrenzfähig sind, die bereits über eine entwickelte Forschungsinfrastruktur verfügen.

Mit dem neuen Programm sollen Kompetenzen identifiziert und eine innovative Forschungsinfrastruktur aufgebaut werden. In der ersten Runde stehen dafür zunächst 45 Millionen Euro zur Verfügung. In Thüringen profitiert der Kooperationsverbund „Kompetenzdreieck Optische Mikrosysteme“ als Pilotprojekt mit fast 7 Millionen Euro. Dieser besteht aus den Universitäten in Jena und Ilmenau, dem Fraunhofer Institut für angewandte Optik in Jena und dem Institut für Mikrosensorik in Erfurt.

Zudem hat das Bundesforschungsministerium auf meine Initiative die Ausweitung der Forschungsprämie auf gemeinnützige Forschungseinrichtungen beschlossen, die besonders in den neuen Ländern weit verbreitet sind. Mit der Forschungsprämie werden Forschungs- und Entwicklungsaufträge von kleinen und mittleren Unternehmen an gemeinnützige Forschungseinrichtungen gefördert. Auch mit diesem Instrument unterstützen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Mehrgenerationenhäuser in Erfurt und Weimar

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion haben bereits mehr als 500 Mehrgenerationenhäuser in ganz Deutschland ihre Arbeit aufgenommen. Die von mir unterstützten Bewerbungen aus meinem Wahlkreis waren erfolgreich: Bereits am 15. März 2007 wurde das Mehrgenerationenhaus in der Erfurter Marktstraße eröffnet. Weimar hat mit dem Bürgerzentrum Schöndorf und mit dem Bürgerzentrum Weimar West sogar zwei Mehrgenerationenhäuser bekommen.

In den Mehrgenerationenhäusern haben Menschen jeden Alters die Möglichkeit, gemeinsam ihre Freizeit zu gestalten und voneinander zu lernen. Im offenen Treff wird das Miteinander der Generationen gelebt. Der Bund fördert jedes Haus über einen Zeitraum von fünf Jahren jährlich mit 40.000 Euro.

Zusätzliche Mittel für die Gedenkstätte Buchenwald

Seit Jahren war die Gedenkstätte Buchenwald unterfinanziert. Bis zu 50 Prozent der angefragten Führungen mussten ausfallen. Deshalb habe ich in den Haushaltsverhandlungen 2007 erreicht, dass der Bund 400.000 Euro zusätzlich für die Gedenkstätte bereitstellt. Damit konnte ich mich gegen Kulturstaaatsminister Bernd Neumann (CDU) durchsetzen, der sich bis zuletzt gegen eine Erhöhung gesperrt hatte. Zu seinem Widerstand passte Neumanns Entwurf für das neue Gedenkstättenkonzept des Bundes: Dieser Entwurf verwischte die Unterschiede zwischen DDR-Regime und NS-Zeit und konstatierte einseitig einen „Nachholbedarf“ bei den DDR-Gedenkstätten. Um dem entgegenzuwirken, hat die Landesgruppe Thüringen in der SPD-Fraktion am 11. März 2008 in Berlin eine hochkarätige Diskussionsrunde zum Gedenkstättenkonzept veranstaltet. Auf dem Podium saß unter anderem der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, Prof. Dr. Volkhard Knigge. In die endgültige Fassung des Konzepts, das das Bundeskabinett im Juni 2008 verabschiedet hat, sind die dort geforderten Korrekturen eingeflossen.

Unterwegs im Wahlkreis

Der intensive Kontakt zu den Menschen in meinem Wahlkreis ist mir ein Herzensanliegen. Ich stehe im engen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, Betriebsräten, Unternehmern, Studierenden, Wissenschaftlern und Vertretern von Vereinen und Verbänden. Auch besuche ich regelmäßig Erfurter und Weimarer Vereine, Initiativen, Unternehmen oder Schulen. Ich höre den Menschen zu und versuche zugleich, für meine Sicht auf politische Zusammenhänge zu werben.

Ein Beispiel: Im November vergangenen Jahres war ich zum „Vorlesetag“ in der Erfurter Kita „Hanseviertel“. Der Vorlesetag wird von der ZEIT-Stiftung organisiert und soll auf die Bedeutung des Lesens als kulturelle Kernkompetenz aufmerksam machen. Ich war überrascht, wie diszipliniert und aufmerksam die kleinen „Racker“ meinem Märchen Vortrag lauschten – ein schönes Erlebnis!

Über Politik informieren und diskutieren

Auf Veranstaltungen, Pressekonferenzen sowie mit eigenen Publikationen informiere ich die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis regelmäßig über aktuelle politische Entscheidungen in Berlin.

So habe ich in Erfurt und Weimar 10 Veranstaltungen unter dem Motto „Fraktion vor Ort“ organisiert. Themen waren unter anderem „Mindestlohn und Gute Arbeit“, „Chancen für Ältere“ und „Weimars kulturelles Erbe“.

Um auch mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, die diese Veranstaltungen nicht besuchen, habe ich gemeinsam mit den Erfurter Ortsvereinen zahlreiche Informationsstände auf dem Anger und in den Stadtteilen organisiert. Für das Engagement und die Unterstützung aus den Ortsvereinen möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken.

Mit den „Erfurter Hauptstadtgesprächen“, die ich seit 2006 regelmäßig in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführe, ist es mir gelungen, eine neue Veranstaltungsreihe in der Landeshauptstadt zu etablieren. Einmal im Halbjahr lade ich prominente Entscheidungsträger aus Politik und Gesellschaft ein. Dabei geht es neben aktuellen Themen natürlich auch um Hintergründe und um den Gesprächspartner persönlich.

Zur Auftaktveranstaltung im Dezember 2006 konnte ich Ernst Uhrlau, den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, nach Erfurt holen. Weit über hundert Bürgerinnen und Bürger verfolgten das Gespräch, und der oberste „Schlapphut“ der Bundesrepublik gab der Thüringer Allgemeinen als Medienpartner der „Hauptstadtgespräche“ sogar eines seiner ganz seltenen Interviews.

Im September vergangenen Jahres durfte ich mit Jutta Limbach die damals amtierende Präsidentin des Goethe-Instituts in Erfurt begrüßen. Über ihren Eintrag ins Goldene Buch der Stadt habe ich mich ebenso herzlich gefreut wie über den Eintrag von Franz Müntefering. Er hatte meine Einladung zum „Erfurter Hauptstadtgespräch“ im April dieses Jahres angenommen – einer der ganz wenigen öffentlichen Auftritte nach seinem Rücktritt als Arbeitsminister.

Im Mai 2008 kam DGB-Chef Michael Sommer zum vierten „Erfurter Hauptstadtgespräch“. Es ist

ja kein Geheimnis, dass das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und unserer Partei in den letzten Jahren nicht immer von Harmonie geprägt war. Umso wichtiger war mir, das Gespräch offen und ehrlich zu führen. Dieser Abend hat ein wichtiges Signal gesendet: Bei allen unterschiedlichen Ansichten in Detailfragen – wenn es um grundlegende Interessen der arbeitenden Menschen in unserem Land geht, stehen SPD und Gewerkschaften Seite an Seite. Das ist so beim Thema betriebliche Mitbestimmung, und das ist so beim Mindestlohn.

Meine neue Wahlkreiszeitung

„zuhause in Erfurt und Weimar“ – unter diesem Titel erschien im Juni die Erstausgabe meiner neuen Wahlkreiszeitung. Nach dem Motto „Arbeit muss sich lohnen“ lag der Schwerpunkt auf unserer Forderung nach Mindestlöhnen. Die zahlreichen positiven Reaktionen der Leserinnen und Lesern machen deutlich, dass dieses Thema die Menschen stark beschäftigt. Mit einer Auflage von 120.000 Exemplaren, die flächendeckend in Erfurt und Weimar vertrieben wurden, möchte ich die Wählerinnen und Wähler direkt ansprechen. Die Zeitung soll zweimal im Jahr erscheinen; sie wird von den Kreisverbänden Erfurt und Weimar gemeinsam herausgegeben. Für diese Unterstützung danke ich den Kreisvorständen.

Enger Kontakt mit Betriebsräten

Es ist mir wichtig, über die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben aus erster Hand informiert zu sein. Vor Ort organisiere ich regelmäßig Stammtische mit den Arbeitnehmervertretern. Dort diskutieren wir über Themen wie den Mindestlohn, den Fachkräftemangel, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung und die betriebliche Altersvorsorge.

Im Mai 2008 folgten zahlreiche Betriebsräte aus meinem Wahlkreis meiner Einladung zur Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. Wir diskutierten unter dem Motto „Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit - mehr als nur ein Schlagwort“. Und vom 10. bis 14. November dieses Jahres wird erneut die Woche der Gewerkschaftsjuniorinnen und -juniorinnen in Berlin stattfinden.

Managerkreis der FES

Die SPD ist und bleibt die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und gerade deshalb sollten wir auch die Probleme der Entscheider in der Wirtschaft ernst nehmen. Darum bemühe ich mich seit einiger Zeit intensiv darum, mit wichtigen Vertretern der Thüringer Wirtschaft stärker in Kontakt zu treten. Mit dem „Managerkreis“ bietet die Fried-

rich-Ebert-Stiftung eine ideale Plattform für einen Dialog zwischen Wirtschaft und Politik. Im Mai 2007 hatte ich Axel Nawrath, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in den Erfurter Krönbacken eingeladen. Gemeinsam mit Thüringer Unternehmensvertretern diskutierten wir über die Details der Unternehmenssteuerreform. Einmal mehr habe ich im Managerkreis die positive Erfahrung gemacht, dass viele Wirtschaftsvertreter mit der Sozialdemokratie sympathisieren.

Erfurt rennt für Toleranz

Bereits viermal habe ich das Lauffest „Erfurt rennt“ veranstaltet. Mittlerweile ist die Veranstaltung eine feste Größe im kulturellen Leben der Landeshauptstadt. Mehr als 100 Teams starteten 2007 zum Lauf um den Erfurter Dom. Ein neuer Rekord, über den ich mich als Vorsitzender des Vereins „Erfurt rennt“ sehr gefreut habe. Jedes Team entrichtete für die gelaufenen Runden einen Spenden-Betrag. So kamen weit mehr als 5.000 Euro zusammen. Das Geld ging an den Verein „Springboard to learning“, der ausländische Lehrer an thüringische Schulen vermittelt. Diese bringen den Schülern die Kultur ihres Heimatlandes nahe und bauen auf diese Weise Vorurteile ab.

Mehr Demokratie in den Kommunen

In diesem Jahr fand das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ statt. Unser Ziel: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollten in Zukunft erleichtert werden. Das Ergebnis: Die Hürde von mindestens 200.000 Unterschriften haben die Thüringer sogar um mehr als 50.000 Unterschriften überschritten. Damit haben die Bürgerinnen und Bürger eindringlich gezeigt, dass sie mehr direkte Demokratie in den Kommunen wünschen, und sie haben der CDU einen gehörigen Denkmittel verpasst. Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass in meinem Wahlkreis mehr als 35.000 Personen die Initiative unterstützt haben. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Volksbegehrens luden der Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bauswein und ich die Unterschriftensammler zu einem gemütlichen Grillabend ein, um den Erfolg zu feiern und den zahlreichen Freiwilligen zu danken.

MEINE ARBEIT IN BERLIN

Neben meiner „Lobbyarbeit“ für Weimar und Erfurt setze ich mich im Bundestag ganz besonders für die Chancen junger Menschen ein. Denn von ihren Entwicklungsmöglichkeiten hängt die Zukunft unseres Landes ab. Daher liegen mir speziell die Chancengleichheit und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen am Herzen.

Politik für solide Finanzen

Als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion koordiniere ich die Arbeit der SPD im Haushaltsausschuss und die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner. Beim Abbau der Neuverschuldung sind wir seit dem Jahr 2005 ein großes Stück vorangekommen. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben haben wir in den vergangenen drei Jahren mehr als halbiert. Im Bundeshaushalt 2008 senken wir die Nettokreditaufnahme auf unter 12 Milliarden Euro – das ist der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung.

Zu einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik gehört, für die Zukunft vorzusorgen. Aufgrund des demografischen Wandels wird sich die Struktur der öffentlichen Ausgaben in einigen Jahren kräftig verändern. Darauf müssen sich alle staatlichen Ebenen einstellen. Ich unterstütze die Pläne in der Föderalismuskommission, die Möglichkeiten von Bund und Ländern, sich zu verschulden, formal stärker zu begrenzen. Gerade erst haben wir in der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Finanzen“ des SPD-Parteivorstandes, deren Mitglied ich bin, ein gemeinsames Positionspapier zur so genannten Schuldenregel erarbeitet.

Haushaltspolitik darf sich jedoch nicht auf das Sparen und Vorsorgen beschränken. Sie muss auch investieren. Unsere Prioritäten liegen deshalb auf den Gebieten Bildung, Forschung und Entwicklung.

Die sozialdemokratischen Reformen wirken

Nicht zuletzt aufgrund unserer soliden Finanzpolitik wächst die deutsche Wirtschaft so stark wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Erfreulicherweise hat dieser Aufschwung den Arbeitsmarkt erreicht: Im Mai 2008 lag die Arbeitslosenquote erstmals seit November 1992 wieder unter der 8-Prozent-Marke. In Ostdeutschland sank die Arbeitslosenquote von 16,8 Prozent auf 14,7 Prozent. Auch in Erfurt und Weimar

hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas entspannt: Im Juli 2008 betrug die Arbeitslosenquote in Erfurt 13,2 Prozent, vor einem Jahr waren es noch 14,4 Prozent gewesen. Im gleichen Zeitraum sank die Arbeitslosigkeit in Weimar von 15,1 auf 12,8 Prozent.

Nun ernten wir die Früchte sozialdemokratischer Reformpolitik, die wir unter Gerhard Schröder begonnen haben und nun in der großen Koalition fortsetzen. Unsere Maßnahmen – die Arbeitsmarktreformen, die Steuersenkungen, die Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung – haben maßgeblich zu diesem Aufschwung beigetragen.

Aufschwung für alle

In der großen Koalition kämpft die SPD dafür, dass dieser Aufschwung möglichst vielen Menschen in Deutschland zugute kommt. Wir wollen den sozialen Aufstieg für alle. Deshalb können wir nicht tatenlos zusehen, dass immer mehr Arbeitnehmer für Löhne arbeiten, von denen sie nicht leben können. Wir fordern Mindestlöhne, die kein Arbeitgeber unterschreiten darf.

Unsere Position: Wir wollen die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche. Für Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Es ist ein Skandal, aber die CDU lehnt gesetzliche Mindestlöhne strikt ab. Nur gegen große Widerstände haben wir durchgesetzt, dass die Gebäudereiniger und die Briefdienstleister in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen wurden. Acht weitere Branchen haben einen Antrag zur Aufnahme in das Gesetz gestellt. Insgesamt würden dann mehr als 3,4 Millionen Menschen vom Mindestlohn profitieren.

Parallel hat die große Koalition den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf nun 3,3 Prozent gesenkt. So niedrig war der Beitrag seit 1981 nicht mehr. Für einen Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2.500 Euro brutto ist dies eine Entlastung von 40 Euro monatlich gegenüber 2006 – aufs Jahr gerechnet 480 Euro. Und auch die Arbeitgeber werden deutlich entlastet.

Aufgrund der gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelkosten sind die Haushalte wiederum deutlich belastet worden. Aus diesem Grund fordere ich, den Betrag zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken – und zwar nur für die Arbeitnehmer. Diesen Vorschlag werde ich im Herbst in die SPD-Bundestagsfraktion einbringen. Ich hoffe, für Familien eine spürbare Entlastung zu erreichen.

Wohngeld erhöht

Auf Initiative der SPD wird das Wohngeld zum 1. Januar 2009 deutlich erhöht. Davon profitieren rund 800.000 Haushalte: Die Leistungen bisheriger

Empfänger steigen um rund 60 Prozent. Wer heute im Durchschnitt 90 Euro Wohngeld monatlich erhält, bekommt künftig gut 140 Euro. Zu den Empfängern zählen 300.000 Rentner. Das Wohngeld ist ein großer Erfolg von SPD-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee und der SPD-Bundestagfraktion. Wohnen muss Sicherheit bieten – auch für bedürftige Menschen.

Sozialdemokratische Familienpolitik

Seit 1998 haben wir die Familienpolitik ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Aufgrund niedriger Geburtenraten hängt die Zukunft unseres Landes ganz entscheidend davon ab, dass wir unseren Kindern optimale Bildungs- und Zukunftschancen geben und den Eltern eine bessere Balance zwischen Familie und Beruf ermöglichen. Deshalb haben wir in der rot-grünen Koalition den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit eingeführt, das Ganztagsschulprogramm aufgelegt und mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz die Angebote zur Kinderbetreuung erweitert.

Die große Koalition setzt diese sozialdemokratische Familienpolitik nun konsequent fort. Im Januar 2007 haben wir das Elterngeld eingeführt, das 67 Prozent des letzten Nettoverdienstes beträgt. Mit den Partnermonaten können beide Elternteile im ersten Jahr ihren Beitrag für die Familie leisten.

Auch den Ausbau der Kinderbetreuung, mit dem die rot-grüne Bundesregierung begonnen hat, führen wir in der großen Koalition weiter. Doch in der Union gibt es heftigen Protest gegen CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen. Viele Konservative – allen voran Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus – wollen nicht wahrhaben, dass eine gute Bildung und Betreuung unserer Kinder deren Zukunftschancen verbessert, die Frauenerwerbsquote erhöht, Armut vermeidet und zur besseren Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien beiträgt.

Trotz dieser Vorbehalte konnte sich die große Koalition auf den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag einigen, der ab dem Jahr 2013 gelten soll. Für den Ausbau der Kinderbetreuung stellt der Bund in den kommenden 6 Jahren rund 4 Milliarden Euro bereit. Mit 2,15 Milliarden Euro fördert er den Ausbau der Kindertagesstätten und beteiligt sich mit weiteren 1,85 Milliarden Euro an den laufenden Betriebskosten. Ich war Mitglied in der Koalitionsarbeitsgruppe, die dieses so genannte Sondervermögen des Bundes ausgehandelt hat. Zusätzlich hat die SPD dafür gesorgt, dass Kinderbetreuungskosten steuerlich besser absetzbar sind.

Weiterentwickelt wurde auch der Kinderzuschlag: Die neuen Einkommensgrenzen für Eltern, die Anspruch auf den Kinderzuschlag haben, betragen 600 Euro für Alleinerziehende und 900 Euro für Paare. Ab 2009 werden rund 160.000 Kinder in 75.000 Familien zusätzlich vom Kinderzuschlag profitieren.

Gute Bildung, exzellente Forschung

Weil Deutschland ein rohstoffarmes Land ist, hängt unsere Zukunftsfähigkeit maßgeblich von klugen Köpfen und guten Ideen ab. Daher haben wir seit dem Jahr 1998 Bildung, Forschung und Innovationen zur Priorität erklärt und die Bundesmittel auf diesem Gebiet in 7 Jahren Rot-Grün um über 37,7 Prozent auf 10 Milliarden Euro erhöht.

Diesen sozialdemokratischen Pfad für Zukunftschancen gehen wir weiter. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion erhalten Studierende und Schüler 10 Prozent mehr Bafög ab dem Wintersemester 2008/09. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro. Außerdem bekommen Bafög-Empfänger mit Kindern einen Betreuungszuschlag in Höhe von 113 Euro für das erste Kind und 85 Euro für jedes weitere Kind.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Wir treiben die Reform des Arbeitsmarktes weiter voran, damit wir den Menschen mehr Lebenschancen bieten können. Die SPD tritt für eine Verbesserung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein. SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz sorgt dafür, dass Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen und Langzeitarbeitslose neue Beschäftigungschancen erhalten: Mit einem Bundesprogramm zur Förderung von Langzeitarbeitslosen schaffen wir 100.000 zusätzliche Jobs in Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit. Vor allem Regionen in Ostdeutschland sollen von dieser Initiative profitieren. Leider weigert sich die CDU-Regierung von Dieter Althaus nach wie vor, das Projekt in Thüringen mitzufinanzieren.

Darüber hinaus haben wir zwei Gesetze verabschiedet, mit denen arbeitsmarktferne Arbeitssuchende einen Job finden sollen. Wenn Arbeitgeber Unter-25-Jährige ohne Berufsabschluss einstellen, erhalten sie einen „Qualifizierungszuschuss“. Für arbeitsmarktferne Über-25-Jährige gibt es einen „Beschäftigungszuschuss“, der bis zu 75 Prozent des Lohns betragen kann. Bis 2009 soll dadurch 150.000 Arbeitssuchenden geholfen werden, eine sinnvolle Beschäftigung zu finden.

Ausbildungsbonus - neue Chancen für Jugendliche

Der Bundestag hat die Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen beschlossen. Benachteiligte Jugendliche sollen besser gefördert werden – mit 100.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bis zum Jahr 2010. Der Ausbildungsbonus wird in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro an Betriebe ausbezahlt, die zusätzliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige Altbewerberinnen und -bewerber anbieten.

Unterstützung für Arbeitslose

Die gute Nachricht: Die Erwerbstätigenquote älterer Arbeitnehmer ist von 37,7 Prozent im Jahr 1998 auf deutlich über 50 Prozent im Jahr 2007 gestiegen. Dennoch ist es für viele Ältere nach wie vor schwierig, einen neuen Job zu finden. Deshalb haben wir die Dauer des Anspruchs auf ALG I für Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, stufenweise verlängert. Die Lebensleistung Älterer wird somit stärker berücksichtigt. Über 50-Jährige bekommen nun 15 Monate Arbeitslosengeld I, über 55-Jährige 18 Monate, und ab 58 wird 24 Monate ALG I gezahlt.

Außerdem enthält das Gesetz Änderungen zur so genannten 58er Regelung: Die Zwangsverrentung von ALG II-Empfängern ab 58 Jahren wird hinfällig. Erst ab dem 63. Lebensjahr kann eine Altersrente mit Abschlägen in Anspruch genommen werden. Für Arbeitssuchende, die schon heute die 58er Regelung nutzen, ändert sich nichts. Auf eigenen Wunsch stehen den Betroffenen aber von nun an sämtliche Integrationsangebote der Arbeitsagenturen, der Arbeitsgemeinschaften und der Optionskommunen zur Verfügung.

Ferner haben wir eine sozialdemokratische Forderung durchgesetzt und die Höhe des Arbeitslosengeldes II im Osten auf West-Niveau angeglichen; ein Schritt, der überfällig war. Zum anderen haben wir das Arbeitslosengeld II leicht erhöht.

Auch haben wir zum 1. Januar 2008 gesetzlich klargestellt, dass kostenfreies Essen in Kindertagesstätten nicht zur Kürzung der Regelleistungen bei Empfängern des Arbeitslosengeldes II führen kann. Obwohl damit kostenfreien Mahlzeiten in den Kindertagesstätten nichts im Wege steht, lehnt das Land Thüringen sie weiter ab – zum Schaden der Kinder aus ärmeren Familien.

Rentensystem angepasst, Renten erhöht

Allgemein gilt: Das Rentensystem muss finanzierbar bleiben. Weil in Zukunft immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Pensionäre aufkommen und die Menschen – glücklicherweise – länger leben, müssen wir das Renteneintrittsalter bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre erhöhen. Nur so kann verhindert werden, dass die Beiträge steigen und das Rentenniveau deutlich sinkt. Die Erhöhung des Rentenalters setzt allerdings voraus, dass ältere Menschen tatsächlich Beschäftigungschancen haben. Hier greift die „Initiative 50 plus“ mit zahlreichen Maßnahmen. Beispielsweise unterstützt der Bund ältere Bezieher des Arbeitslosengeldes I bei Aufnahme einer geringer bezahlten Tätigkeit.

Ein weiterer Schritt, um das Rentensystem zukunftsfest zu machen, ist das beschlossene Gesetz

zur verbesserten Einbeziehung von selbstgenutzten Wohnimmobilien in die geförderte Altersvorsorge. Es öffnet die Riester-Förderung für die Anschaffung von selbstgenutztem Wohneigentum. So werden die Wahlmöglichkeiten größer und die Riester-Rente wird noch attraktiver.

Zum 1. Juli 2008 sind die Renten um 1,1 Prozent gestiegen. So werden auch die Rentnerinnen und Rentner am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt.

Krankenversicherung für alle

Unsere Gesellschaft ist im Wandel und steht vor großen Herausforderungen: Globalisierung, demografischer Wandel, niedrige Erwerbsquoten. Im 21. Jahrhundert können unsere Sozialsysteme nur bestehen, wenn wir sie diesen neuen Bedingungen anpassen.

Deshalb haben wir eine Gesundheitsreform vereinbart, mit der wir die Qualität der Versorgung verbessern und gleichzeitig mehr Wahlmöglichkeiten, Wettbewerb und Transparenz schaffen. Seitdem sind alle Einwohner in Deutschland bei Krankheit abgesichert. Die „Krankenversicherung für alle“ ist ein sozialpolitischer Meilenstein, auf den wir als SPD stolz sein können. Diese Reform ist besser als ihr Ruf. Durch sie können auch in Zukunft sehr gute Leistungen für alle Menschen zu bezahlbaren Preisen erbracht werden.

Ab dem 1. Januar 2009 erhalten die Krankenkassen die notwendigen Finanzmittel aus einem Gesundheitsfonds. Damit werden sowohl die Beitragsleistungen der Versicherten als auch die Verteilung der Mittel auf die Krankenkassen sozial gerechter gestaltet. Grundsätzlich tritt die SPD für eine solidarische Bürgerversicherung ein, in die alle entsprechend ihrer individuellen Leistungsfähigkeit einzahlen. Dieses Konzept lässt sich jedoch mit dem derzeitigen Koalitionspartner nicht realisieren. Doch wir kämpfen weiter dafür. Im kommenden Bundestagswahlkampf wird es eine zentrale Rolle spielen.

Verbesserungen bei der Pflege

Um die Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte zu verbessern, haben wir ein Gesetz zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung beschlossen. Die Reform ist zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft getreten.

Unser Grundsatz dabei: Ambulant geht vor stationär. Die Pflegebedürftigen sollen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, die ambulanten Sachleistungsbeiträge bis zum Jahr 2012 schrittweise anzuheben. Zudem sollen mindestens 1.200 wohnortnahe „Pflegestützpunkte“ entstehen, die die Pflegeangebote vor Ort besser aufeinander

abstimmen. Diese Pflegereform ist ein Schritt nach vorn. Doch dieser Erfolg darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die CDU/CSU nach wie vor wichtige Verbesserungen blockiert. Es bleibt das langfristige Ziel der SPD, eine von allen finanzierte „Bürgerversicherung Pflege“ einzuführen.

Priorität Klimaschutz

Wir als SPD haben die Umwelt- und Klimapolitik in der großen Koalition zur absoluten Priorität erhoben. Unter Umweltminister Sigmar Gabriel hat sich Deutschland das ehrgeizige Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken. Denn die SPD ist überzeugt, dass auf dem Gebiet der Umwelttechnologie auch enorme wirtschaftliche Chancen für Deutschland stecken. Erstens geht es um Energieeffizienz: Bis zum Jahr 2020 wollen wir unsere Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln. Deshalb haben wir die Fördermittel für die energetische Sanierung von Gebäuden gerade erst um weitere 500 Millionen Euro aufgestockt.

Und zweitens es geht um erneuerbare Energien: Wir haben die Forschungsförderung auf diesem Gebiet verdoppelt und die Förderung der Wärmeenergie durch erneuerbare Energien erhöht – gegen die Blockadeversuche der Union. Darüber hinaus haben wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz novelliert. Die SPD konnte dabei Einschnitte von bis zu 30 Prozent bei der Solarförderung verhindern. Ein Markteinbruch mit entsprechenden Insolvenzen – nicht zuletzt bei führenden Erfurter Solar-Unternehmen – wurde damit abgewendet. Auf diese Weise wird der Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf mindestens 30 Prozent steigen. So können bis zu 500.000 zusätzliche Jobs entstehen.

Das Netzwerk Berlin

Das Netzwerk Berlin ist ein von mir mit gegründeter Zusammenschluss jüngerer Abgeordneter der SPD-Fraktion. Unsere Gruppe wächst stetig und umfasst heute mehr als 50 Mitglieder. In den Sitzungswochen treffen wir uns regelmäßig zur Abstimmung gemeinsamer Projekte. Donnerstags laden wir zu einer Diskussionsrunde mit Referenten zu aktuellen politischen Themen ein. Zudem geben wir die politische Zeitschrift „Berliner Republik“ heraus, die sich zu einem bundesweit angesehenen Debattenmagazin entwickelt hat.

Wir „Netzwerker“ pflegen eine sehr gute Diskussionskultur, haben die zentralen gesellschaftlichen Themen genauso im Blick wie die Zukunft der SPD. Beispielsweise haben wir das Diskussionspapier „Menschen stärken, Wege öffnen“ zum geplanten SPD-Grundsatzprogramm veröffentlicht.

Programmatik und Denkanstöße

Vor dem Hamburger Parteitag 2007 habe ich mich in die innerparteiliche Debatte zum SPD-Grundsatzprogramm eingemischt. Gemeinsam mit Finanzminister Peer Steinbrück hatte ich einen Änderungsantrag geschrieben, der das ursprüngliche Kapitel zur Haushaltspolitik um einige Punkte ergänzt hat.

Meine programmatischen Vorstellungen im Bereich der Haushaltspolitik habe ich auch in einem Beitrag in dem Buch „Auf der Höhe der Zeit“ festgehalten, das Matthias Platzeck, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier herausgegeben haben. Darin fordere ich die SPD auf, sich selbstbewusster zu den Erfolgen bei der Haushaltskonsolidierung zu bekennen und solide Staatsfinanzen zu einem sozialdemokratischen Markenzeichen zu machen.

Sorgen bereitet mir die unsägliche Debatte über das „bedingungslose Grundeinkommen“, die Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus federführend mit initiiert hat. Ich bin überzeugt: Das Grundeinkommen wäre nicht finanzierbar, wirtschaftsfeindlich – und sozial zutiefst ungerecht. Anstatt utopische Vorschläge zu machen, sollte Dieter Althaus sich um die Probleme seines Landes Thüringen kümmern. In mehreren Beiträgen, unter anderem auf „Spiegel-Online“ und in der „Berliner Republik“, habe ich mich aus sozialdemokratischer Sicht klar gegen das Grundeinkommen à la Althaus positioniert.

Meine Büros als Dienstleistungszentren

Meine Bürgerbüros in Erfurt und Weimar werden seit Jahren als offener Ort für alle Fragen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises sehr gut angenommen. Besonders rege werden meine Bürgersprechstunden und die wöchentliche Sozialsprechstunde besucht. In den vergangenen drei Jahren sind über 900 Menschen mit Anfragen, Problemen und Informationsbedarf an meine Mitarbeiter und mich herangetreten. In allen Fällen versuchen wir schnell Hilfe zu leisten und zu vermitteln. Zudem gingen in meinen Bürgerbüros und im Berliner Büro weit über 40.000 Briefe, Telefaxe und E-Mails ein. Dazu kamen unzählige Telefonanrufe von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden sowie Unternehmen und Institutionen, die um Unterstützung baten.

Immer wichtiger ist in den letzten Jahren die Internet-Kommunikation geworden. Auch deshalb bildet meine Homepage www.carsten-schneider.de einen zentralen Baustein meiner Öffentlichkeitsarbeit. Dort finden sich Informationen über politische Themen, aktuelle Termine, Pressemitteilungen und Angaben zu meiner Person. Meine Homepage stößt auf rege Resonanz: Durchschnittlich 1.000 Besuche im Monat

verzeichnet meine Webseite. Eine weitere Möglichkeit, über das Internet mit mir in Kontakt zu treten, ist die Plattform **www.abgeordnetenwatch.de**. Hier können Fragen gestellt werden, die ich schnell beantworte.

Seit 2005 konnte ich 1.600 Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises einen Besuch im Bundestag und in Bundesministerien in Berlin ermöglichen. Zusätzlich konnten mehrere Erfurter Gruppen aus Sportvereinen oder Schulklassen den Reichstag besichtigen. Zum wiederholten Mal ermöglichte es mir mein Abgeordnetenmandat, Erfurter Schülerinnen mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm für ein Jahr in die USA reisen zu lassen. Auch kamen in den vergangenen Jahren erneut junge Amerikaner unter meiner Patenschaft nach Erfurt.

Weiterhin unterstütze ich Programme für Jugendliche aller Art. Vorrangig solche, die das Engagement für einen interkulturellen Austausch fördern. Dadurch werden gegenseitige Achtung und Toleranz gefördert, und die Jugendlichen bekommen gute Einblicke in die reale Politik der jeweiligen Länder. Mit dem Programm „weltwärts“ konnten sich bereits mehrere Jugendliche aus meinem Wahlkreis bis zu 24 Monate ehrenamtlich in Ländern auf der ganzen Welt engagieren.

Diese Bilanz kann nur einen Ausschnitt meiner Arbeit der letzten drei Jahre im Deutschen Bundestag und in Erfurt, Weimar und im Grammetal abbilden. Weitere Informationen, auch über aktuelle Entwicklungen, sind auf meiner Homepage zu finden.

Im Anhang sollen einige Presseartikel einen zusätzlichen Einblick in die Arbeit der vergangenen Jahre geben.

Meine Seite im Internet:

www.carsten-schneider.de